

Antrag zur MV am 13.11.2017 der K*BO:

Wir, die K*BO, haben uns am 20.11.2017 mit den Studierenden der Berliner Hochschulen in ihrem Kampf für einen neuen fairen Tarifvertrag solidarisiert.

Dies wollen wir nun von der Parteibasis bis auf Landesebene tragen. Dazu wollen wir Euch, die Mitglieder des Bezirksverbandes der LINKEN Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf ebenfalls aufrufen.

Die MV möge beschließen, dass wir uns als Bezirksverband mit den Studierenden solidarisieren und ihren Tarifikampf, insbesondere ihre Demonstrationen und andere Aktionen, aktiv unterstützen.

Ziel ist es, alle Berliner Bezirke zu diesem Schritt zu motivieren und somit den Landesverband aufzurufen, klar Stellung zu beziehen und sich nach Möglichkeit aktiv in der Tagespolitik um die Belange der Studierenden und den TV-Stud zu kümmern.

Begründung:

AUCH STUDIERENDE MÜSSEN MIETE ZAHLEN!

Als K*BO, Basisorganisation der jungen Mitglieder der Partei DIE LINKE in Charlottenburg-Wilmersdorf, solidarisieren wir uns mit den studentischen Mitarbeitenden an den Berliner Hochschulen in ihrem Einsatz für einen neuen Tarifvertrag.

Als junge Menschen, die zum Teil selbst studieren, wissen wir: Das Leben in Berlin ist teurer geworden und insbesondere die Mieten werden durch anhaltende Gentrifizierung und eine schlicht nicht funktionierende Mietpreisbremse weiterhin steigen: Allein in den letzten beiden Jahren ist die durchschnittliche Miete in Berlin um mehr als 10% gestiegen. Der Lohn der studentischen Beschäftigten stagniert im krassen Gegensatz dazu seit 16 Jahren - sogar ohne Inflationsausgleich! Es muss einen (auch rückwirkenden) Inflationsausgleich und eine Ankoppelung an die Lohnentwicklung des TV-L geben. Da die Universitäten deutlich gemacht haben, dass sie meinen, ihre Studierenden weiterhin rücksichtslos ausbeuten zu können und nicht bereit sind, konstruktiv zu verhandeln, ist ein studentischer Streik sowohl gutes Recht als auch die einzig konsequente Antwort!

Unter dieser Ausbeutung leiden jedoch nicht nur die Beschäftigten: Kein Bock abgezockt zu werden führt zu einem immer stärkeren Mangel an TutorInnen. Wenn so an der TU in einigen Fächern 7 TutorInnen auf 700 Studierende kommen, wird der gezahlte Lohn noch absurder und die Ausbildung aller Studierender leidet. Die Universitäten kommen ihrem Lehrauftrag so nicht nach – aber reden lieber weiter über eine Exzellenzinitiative, die offensichtlich nur die Forschung ehrlich einschließt.

Der Einsatz der Berliner Studierenden, ihre Bereitschaft immer weiter Druck zu machen und einen groß angelegten Streik auszurufen, kann Strahlkraft auf studentische Beschäftigte in ganz Deutschland haben: Der vor 16 Jahren richtungsweisende Tarifvertrag ist nach wie vor der einzige für studentische Beschäftigte! Mittlerweile hat er allerdings seinen Glanz verloren. Ein Update auf einen zeitgemäßen Tarifvertrag ist zwingend nötig, um auch an studentische Beschäftigte außerhalb Berlins das Signal zu senden, dass es sich lohnt, solidarisch für bessere Arbeitsverhältnisse zu kämpfen.

Abseits der Universitäten sind indirekt auch viele andere Beschäftigte in Berlin von diesem Tarifvertrag betroffen: So orientieren sich auch viele Arbeitgebende bei Werkstudierendenverträgen an den im TV-Stud festgelegten Konditionen. In dreister Art und Weise wird die zurzeit relativ geringe Vergütung der Studierenden auch als Rechtfertigung für geringere Löhne in anderen, höher qualifizierten, Berufen in der Privatwirtschaft genutzt: Es können doch Studierende günstiger für die selben Tätigkeiten eingesetzt werden. Teilweise werden dringend benötigte Stellen auch gar nicht mehr besetzt - so arbeiten studentische Teams in den Verwaltungen seit Monaten ohne Führungskraft in Eigenverantwortung, während die Zahl der (unvergüteten?) Überstunden massiv ansteigt.

Der Kampf für einen angemessenen Tarifvertrag ist ein Kampf gegen die Niedriglohngesellschaft im Allgemeinen - ein Kampf den eine konsequente LINKE führen muss!

Aus all diesen Gründen solidarisieren wir uns mit den Studierenden in ihrem Streben nach einem neuen Tarifvertrag, in der Hoffnung dass unsere öffentliche Unterstützung ihnen bei den Verhandlungen den Rücken stärkt.

Wir erhoffen uns eine breite Solidarisierung innerhalb des Berliner Landesverbandes der LINKEN – nicht nur, weil sich unserem Verständnis nach DIE LINKE stets für faire Arbeitsbedingungen für alle einsetzen muss, sondern auch mit einem Blick auf die Regierungsverantwortung, die unsere Partei in Berlin innehat, denn daraus ergeben sich auch Möglichkeiten, positiv auf eine Lösung Einfluss zu nehmen.